

Zur Abstimmung des Nationalrates am 4. Oktober 2007

# Glaubwürdigkeit!

Matthias Gugger<sup>a</sup>, Thomas Cerny<sup>b</sup>,  
Jürg Barben<sup>c</sup>, Werner Karrer<sup>d</sup>,  
Rainer M. Kaelin<sup>e</sup>

a Prof. Dr. med., Präsident  
der Schweizerischen Gesellschaft  
für Pneumologie

b Prof. Dr. med., Präsident  
der Schweizerischen Krebsliga

c Dr. med., Chefarzt Pädiatrische  
Pneumologie, Ostschweizer Kinder-  
spital St. Gallen, Präsident der  
Lungenliga des Kantons St. Gallen

d Dr. med., Vizepräsident  
der Lungenliga Schweiz

e Dr. med., vormals Vizepräsident  
des Lungenliga Schweiz

Dass Passivrauch gesundheitsschädlich ist, steht nicht mehr zur Debatte [1]. Die WHO zählt ihn zu den Karzinogenen [2]. Dies weiss die Tabakindustrie seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts von berufenem Mund [3], obwohl sie dies jahrzehntlang in der Öffentlichkeit bestritten hat. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der 15seitige Bericht der Subkommission für soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit des Nationalrates vom August 2006 zur Initiative Gutzwiller [4] dem Plenum vorschlägt, das Arbeitsgesetz durch einen Artikel zu ergänzen, der die Passivrauchexposition am Arbeitsplatz verbietet.

Dennoch hat es der Nationalrat fertiggebracht, mit 95 gegen 77 Stimmen eine Vorlage anzunehmen, die folgende Regelung vorsieht: Der geschlossene Arbeitsplatz ist rauchfrei. Ausgenommen sind jedoch öffentliche Lokale, die sich selbst als Raucherlokale deklarieren dürfen, falls eine klare Trennung zwischen Raucher- und Nichtraucherzonen nicht machbar ist. Für eine Genehmigung hierzu genügt, dies vor der Behörde nachzuweisen.

Die Logik der vorgeschlagenen Regelung ist nicht nachvollziehbar: Will man wirksam sowohl Kunden wie Angestellte schützen, so ist das Rauchen überall dort, wo man andere Personen exponiert, das heisst in allen geschlossenen Räumen, zu untersagen. Genauso wie man verhindern muss, Grundwasser zu verunreinigen, das als Trinkwasser zur Verfügung steht. Die Freiheit zu rauchen ist durch das Recht der anderen, eine rauchfreie Luft zu atmen, begrenzt. Selbst ein Unternehmer, dem der Schutz seiner Mitarbeiter egal wäre, hat nicht das Recht, diese ungeschützt gefährlichen Arbeiten auszusetzen, mit der Begründung, sie seien damit einverstanden. Entweder «glauben» die Nationalräte nicht an die Schädlichkeit des Passivrauches (haben sie den Bericht der eigenen Kommission nicht gelesen?), dann begreift man aber nicht, warum sie überhaupt auf die Initiative Gutzwiller eingegangen sind. Oder aber: Die verabschiedete Regelung will andere Werte als die Gesundheit der Bevölkerung schützen.

Der Nationalrat hat anscheinend die Argumentation von Gastrosuisse für bare Münze genommen, die als erwiesen hinstellt, dass gänz-

lich rauchfreie Gaststätten der Branche wesentliche Verluste zufügen würde. Wir bezweifeln sehr, ob eventuelle finanzielle Einbussen der Gastwirte als Rechtsgut gegenüber der Gesundheitsschädigung der Angestellten schützenswerter sind. Für den Fall, dass die Räte sich dennoch auf dieses wirtschaftliche Argument stützen wollten, hätten sie sich mindestens die Frage stellen müssen, ob die Rechnung von Gastrosuisse aufgeht; dass sie dies seit Jahren wiederholt, macht die Behauptung nicht wahr. Zurzeit erklären sich 29% der Bevölkerung als Raucherinnen und Raucher, von denen 55% aufhören möchten [4]. Es würde sich also im für Gastrosuisse schlimmsten Fall um maximal 14% der Bevölkerung handeln, die durch diese Rauchregelung im öffentlichen Raum theoretisch «negativ» betroffen würden. Dass alle diese Menschen aus Verärgerung *nie* mehr ein öffentliches Lokal aufsuchen würden, glaubt doch wohl selbst der Präsident von Gastrosuisse nicht! (Selbst der hartgesottenste Raucher hat kaum je deswegen auf eine Flugreise verzichtet.)

Tatsächlich findet die Mehrheit der Rauchenden in den Ländern, die eine solche Regelung kennen, dass sie adäquat ist [5]. Auch Raucher begreifen, dass ihre Abhängigkeit andere stört und schädlich ist. Auf der andern Seite können wir Ärzte allen Gastwirten versichern, dass zurzeit viele Patienten Gaststätten prinzipiell meiden, eben weil sich ihr Asthma (immerhin 5–10% der Gesamtbevölkerung!), ihre chronische Bronchitis oder ihre Angina pectoris in einer rauchenden Umgebung verschlechtert oder ganz einfach weil sie den Gestank nicht mögen (und deswegen braucht man nicht einmal Patient zu sein!); alle diese Menschen sind potentielle Kunden, die nur darauf warten, endlich mit ihren (rauchenden wie nicht rauchenden) Freunden Gaststätten aufsuchen zu können. Der Bericht der Subkommission zitiert eine Umfrage in der Schweiz, wonach 68% der Befragten angeben, verrauchte Lokale zu meiden. Dass ihr Gesetzesvorschlag keine finanziellen Nachteile bringt, beweisen Daten aus Irland und Norwegen und die Nachrichten aus England, Frankreich und den Kantonen Solothurn und Tessin. Die Studien sind im bereits erwähnten Bericht [4] auf den Seiten 7 und 8 nachzulesen. Die

Korrespondenz:  
Dr. med. Rainer M. Kaelin  
Place de l'Hôtel-de-Ville 2  
CH-1110 Morges

Daten des Finanzdepartements der Stadt New York sind eindeutig: Die Gastwirte der Metropole haben nach der Einführung der gänzlich rauchfreien Restaurationsräume mehr Personal eingestellt und 8,7% mehr Steuern bezahlt als in der vorangegangenen Vergleichsperiode [6]. Falls Gastrosuisse in Tat und Wahrheit die finanziellen Interessen der Gastwirte vertreten will, sollte sie das Rauchverbot im Gastbetrieb allgemein befürworten. Andernfalls muss man daraus schliessen, dass der Verband andere Interessen als jene seiner Mitglieder vertritt.

Wir bedauern, dass die Mehrheit der Nationalräte der abgelaufenen Legislaturperiode [7] diese Vorlage unterstützt hat, denn bei genauer Betrachtung nützt sie ausser der Tabakindustrie niemandem. Objektiv haben sie dieser Lobby geholfen, ihre tödlichen Produkte weiterhin zu banalisieren. Noch nachdenklicher stimmt uns, dass sechs Nationalräte, gemäss smartvote, zwar behaupten, prinzipiell für einen rauchfreien geschlossenen öffentlichen Raum zu sein, tatsächlich aber in der Abstimmung vom 4. Oktober 2007 den faulen Kompromiss unterstützt haben [8]. Dass in Volksabstimmungen in den Kantonen Solothurn und Tessin sich grosse Mehrheiten für eine rauchfreie Luft ausgesprochen haben und dass Volksinitiativen desselben Inhalts in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Freiburg und beiden Basel zur Abstimmung kommen, muss die frisch gewählten National- und Ständeräte an ihre Aufgabe erinnern. Es geht hier weder um eine Frage von rechts oder links noch von schwarz, grün, orange oder rot. Es geht darum, dass alle ein Recht auf möglichst reine, rauchfreie Luft haben. Das ist normal. Um nichts anderes geht es. Dies ist ein klares und selbstverständliches Prinzip. Dieses Prinzip verdient es, auch in den künftigen Debatten über Feinstaubpartikel und Luftverschmutzung hochgehalten zu werden ... falls die hohen Volksvertreter nicht zulassen wollen, dass sie, und mit ihnen Staat und Gesellschaft, wiederum von anonymen Geldgebern und Drahtziehern während Jahren an der Nase herumgeführt werden.

#### Anmerkungen/Literatur

- 1 Bundesgerichtsentscheid vom 28. März 2007, 133 I 110. Auszüge aus dem Entscheid im Falle Slatkine und Pétroz gegen den Grossen Rat des Kantons Genf: «Die Schädlichkeit des Passivrauches ist durch genügend wissenschaftliche Studien bezeugt, dass dies als dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechend betrachtet werden kann und nicht nur [...] als eine vorübergehende Mode oder als ein einfacher Ausdruck des ‚politically correct.‘»
- 2 IARC Working Group on the Evaluation of Carcinogenic Risks to Humans. Tobacco smoke and involuntary smoking. IARC Monogr Eval Carcinog Risks Hum. 2004;83:1-1438.
- 3 Prof. Dr. med. Ragnar Rylander, damals angesehener, jahrzehntelang heimlich von Philip Morris bezahlter Wissenschaftler, schrieb am 20. Mai 1988 an seinen Geldgeber: «Die Konzepte, die eine Verbindung zwischen Passivrauch und einem erhöhten Lungenkrebsrisiko, Wirkungen auf die Atemwege [...] und dem Infektionsrisiko der Kleinkinder herstellen, sind klar erwiesen» (Rylander R. Analysis of ETS information – Evaluation strategies, Philip Morris Dokument 2023537890/7895, zitiert in: Malka S, Gregori M. Infiltration: une taupe à la solde de Philip Morris. Chêne-Bourg: George Editeur; 2005, Seite 94). Diese Aussage des für die experimentellen Studien der Firma in INBIFO verantwortlichen Wissenschaftlers fasst die Resultate der Epidemiologie und der Tierversuche, die seit den frühen 80er Jahren durchgeführt, aber nie veröffentlicht wurden, zusammen (siehe auch Diethelm PA, Rielle I-C, McKee M. The whole truth and nothing but the truth? The research that Philip Morris did not want to see. Lancet. Published online November 11, 2004).
- 4 Parlamentarische Initiative. Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor Passivrauch. Vorprojekt und Bericht der Subkommission «Passivrauch» der Kommission für soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit des Nationalrates.
- 5 Im Jahre 2005, ein Jahr nach der Einführung des Rauchverbotes im öffentlichen Raum, erklärten sich 80% der Rauchenden in Irland für eine solche Regelung (Fong G, et al. Reductions in tobacco smoke pollution and increases in support for smoke-free public places following the implementation of comprehensive smoke-free workplace legislation in the Republic of Ireland: findings from the ITC Ireland/UK survey. Tobacco Control, 2006, 15 (suppl III), iii51-iii58 und Smoke-free workplaces in Ireland: a one-year review. Office of Tobacco Control. Clane, March 2005, zitiert in [4]).
- 6 New York City. The State of Smoke Free New York City. A One-Year Review. New York; 2004. Zitiert und erläutert in: The Smoke Free Europe partnership. Smoke Free Europe makes economic sense. Brussels: ERS Journals; 2005.
- 7 Gemäss dem Protokoll der elektronischen Stimmabgabe stimmten:
  - SP: 2 dafür, 43 dagegen;
  - Grüne: 1 dafür, 13 dagegen;
  - Verschiedene: 1 dafür, 8 dagegen;
  - FDP/Liberale: 23 dafür, 7 dagegen;
  - CVP: 20 dafür, 4 dagegen;
  - SVP: 48 dafür, 2 dagegen.
- 8 Gemäss smartvote erklären sich «ganz für das Rauchverbot im öffentlichen Raum», während sie in dieser Abstimmung die Minderheitsvorlage Borer unterstützt haben: Elvira Bader (CVP), Luc Barthassat (CVP), Ida Glanzmann-Henkeler (CVP), Urs Hany (CVP), Jürg Michel (FDP), Johann Schneider (FDP).